

Vorgangsmappe für die Drucksache 17/6863

"Betreuung von Gefangenen muslimischen Glaubens durch muslimische Geistliche in den Justizvollzugsanstalten in Bayern"

Vorgangsverlauf:

1. Initiativdrucksache 17/6863 vom 10.06.2015
2. Beschlussempfehlung mit Bericht 17/8179 des VF vom 25.06.2015
3. Beschluss des Plenums 17/8383 vom 15.10.2015
4. Plenarprotokoll Nr. 54 vom 15.10.2015



Antrag

der Abgeordneten **Franz Schindler, Kathi Petersen, Johanna Werner-Muggendorfer, Georg Rosenthal, Horst Arnold, Alexandra Hiersemann, Florian Ritter, Dr. Christoph Rabenstein, Diana Stachowitz**
SPD

Betreuung von Gefangenen muslimischen Glaubens durch muslimische Geistliche in den Justizvollzugsanstalten in Bayern

Der Landtag wolle beschließen:

Die Staatsregierung wird aufgefordert, dem Landtag über die Situation der seelsorgerischen Betreuung von Gefangenen muslimischen Glaubens in den Justizvollzugsanstalten in Bayern zu berichten.

In dem Bericht soll insbesondere auf folgende Fragen eingegangen werden:

- Welchen Glaubensrichtungen des Islam gehören die zum Stichtag 31. Januar 2015 in den bayerischen Justizvollzugsanstalten im Erwachsenenvollzug inhaftierten 1.259 Gefangenen und im Jugendvollzug inhaftierten 129 jungen Gefangenen muslimischen Glaubens an und ermöglichen es die Leitungen der Justizvollzugsanstalten, dass ein Gefangener mit einer bestimmten Glaubensrichtung des Islam mit einem muslimischen Geistlichen bzw. muslimischen Seelsorger einer anderen Glaubensrichtung des Islam auf Wunsch in Kontakt treten kann?
- Inwieweit beeinflusst die Ordnung der Justizvollzugsanstalt die Religionsausübung von Gefangenen muslimischen Glaubens, z.B. den Besitz und die Nutzung von Gebetsteppichen und Gebetsketten, das Fasten im Fastenmonat Ramadan und Speiseverbote/-gebote?
- Inwieweit ist die Infrastruktur der Justizvollzugsanstalten in Bayern für Gefangene muslimischen Glaubens ausgebaut? Inwieweit können Gebetsstunden in Gruppen- oder Schulungsräumen sowie sog. Multifunktionsräumen stattfinden? Ist daran gedacht auch spezielle Gebetsräume für Muslime in Justizvollzugsanstalten in Bayern, in denen mehrere Gefangene muslimischen Glaubens inhaftiert sind, einzurichten?

- Welche Bedeutung hat die Betreuung von Gefangenen muslimischen Glaubens durch muslimische Seelsorger für die Resozialisierung der Gefangenen und die Verhinderung einer möglichen Radikalisierung und eines Sich-Hinwendens zum islamischen Extremismus/Terrorismus dieser Gefangenen?
- Wie hoch wird vor dem Hintergrund einer möglichen Bedeutung für die Resozialisierung und Prävention von islamistischer Radikalisierung von Gefangenen muslimischen Glaubens der Bedarf an muslimischen Seelsorgern in den Justizvollzugsanstalten in Bayern eingeschätzt? Ist an die Betreuung von Gefangenen muslimischen Glaubens auch durch einen oder mehrere hauptamtliche muslimische Seelsorger in den bayerischen Justizvollzugsanstalten und Einstellung eines oder mehrerer muslimischer Seelsorger in den bayerischen Justizvollzugsdienst gedacht?
- Welche Anforderungen werden an die ehrenamtlich in den bayerischen Justizvollzugsanstalten tätigen muslimischen Seelsorger seitens der Justizvollzugsanstalten gestellt?
- Wie wird die seelsorgerische Betreuung von Gefangenen muslimischen Glaubens, die nicht regelmäßig von einem ehrenamtlich tätigen muslimischen Seelsorger in der Justizvollzugsanstalt besucht werden können, sichergestellt?
- In welchen Justizvollzugsanstalten in Bayern gibt es Behandlungs- und Betreuungsangebote (schulische und berufliche Ausbildung, Antigewalttraining, einzel- und gruppentherapeutische Maßnahmen, seelsorgerische Angebote u.ä.) für Gefangene muslimischen Glaubens, um ihnen Handlungsalternativen und Zukunftsperspektiven für die Zeit nach ihrer Haftentlassung aufzuzeigen, um so einer Beeinflussung und letztlich Rekrutierung durch Islamisten entgegenzuwirken und werden spezifische Programme für die Behandlung von Gefangenen mit islamistischer Überzeugung angeboten?
- Werden bereits ideologisch gefestigte radikalierte oder potenziell gefährdete Gefangene muslimischen Glaubens zu einem Ausstieg aus oder Abkehr von der Ideologie bewegt, welche Behandlungsmöglichkeiten/Programme gibt es hierfür, wie sieht die Erfolgsquote aus, in welchen Justizvollzugsanstalten werden solche Behandlungsmöglichkeiten/Programme und von wem angeboten und werden Gefangene, die aus der Ideologie

des Islamismus austeigen wollen, an die entsprechenden Aussteigerhilfen von den Justizvollzugsanstalten vermittelt und wird der Kontakt zu den Aussteigerhilfen durch die Justizvollzugsanstalten begleitet?

- Wie sieht die Zusammenarbeit von Justizvollzugsbediensteten und muslimischen Seelsorgern im Hinblick auf die Sensibilisierung der Justizvollzugsbediensteten im Umgang mit radikalierten Gefangenen muslimischen Glaubens bzw. solchen, die sich zu radikalisieren drohen, aus? Inwieweit werden Kenntnisse und Kompetenz muslimischer Seelsorger für eine Unterrichtung von Justizvollzugsbediensteten im Hinblick auf Islamismus/Salafismus, Erkennen entsprechender islamistischer/salafistischer Symbolik, Kenntnisse über entsprechende islamistische/salafistische Semiotik, Literatur und Diktion udgl.) genutzt?
- Gibt es in Bayern Nichtregierungsorganisationen NGO's wie „Violence Prevention Network“ (VPN) in Berlin, die versuchen, dass ideologisch gefährdete Menschen und extremistisch motivierte Gewalttäter durch Deradikalisierungsarbeit ihr Verhalten ändern, ein eigenverantwortliches Leben führen und Teil des demokratischen Gemeinwesens werden?
- Spielt der Umgang mit Gefangenen muslimischen Glaubens und die Sensibilisierung im Hinblick auf eine islamistische Radikalisierung in der Ausbildung der Obersekretärin/wärter, Obersekretärin/wärterinnen und Oberwerkmeisterin/wärter, Oberwerkmeisterin/wärterinnen an der bayerischen Justizvollzugsschule Straubing eine Rolle? Gibt es in Bayern Fortbildungsangebote für Justizvollzugsbedienstete, insbesondere für die Bediensteten der 2. Qualifikationsebene, Fachlaufbahn Justiz, fachlicher Schwerpunkt allgemeiner Vollzugsdienst und fachlicher Schwerpunkt Werkdienst (früher: allgemeiner Vollzugsdienst und mittlerer Werkdienst) im Hinblick auf Gefangene muslimischen Glaubens, wenn ja, wer bietet die Fortbildungen an und wie viele Plätze gibt es für die interessierten Bediensteten? Wie viele Bedienstete welcher bayerischen Justizvollzugsanstalten haben bereits von solchen Fortbildungsangeboten Gebrauch gemacht?
- Besteht Gefahr, dass im Hinblick auf die finanzielle Abhängigkeit der Türkisch-Islamischen Union der Anstalt für Religion e.V. (DITIB) vom türkischen Staat auf die Betreuung von Gefangenen muslimischem Glaubens in den Justizvollzugsanstalten in Bayern durch muslimische Seelsorger, bei denen es sich, soweit sie vom türkischen Generalkonsulat vorgeschlagen werden, um Imame und Hochas der örtlichen „Türkisch-Islamischen Union der Anstalt für Religion e.V. (DITIB)“-Vereine handelt, von der Türkei Einfluss genommen wird?

Begründung:

Dass Islamisten, respektive Salafisten, versuchen, in den Justizvollzugsanstalten potenzielle Kandidaten für den Dschihad anzuwerben, ist nicht neu. Insbesondere im europäischen Ausland wurde dies in der Vergangenheit immer wieder beobachtet.

Der Bekämpfung des islamistischen Extremismus muss daher im bayerischen Justizvollzug besondere Bedeutung zukommen. Etwaigen Rekrutierungs- und Radikalisierungstendenzen von Gefangenen darf nicht nur mit repressiven, sondern muss auch mit präventiven Maßnahmen und Vorkehrungen begegnet werden. Der seelsorgerischen Betreuung von Gefangenen muslimischen Glaubens durch muslimische Seelsorger kommt dabei eine hohe Bedeutung zu.



Beschlussempfehlung und Bericht

des Ausschusses für Verfassung, Recht und Parlamentsfragen

**Antrag der Abgeordneten Franz Schindler, Kathi Petersen,
Johanna Werner-Muggendorfer u.a. SPD
Drs. 17/6863**

**Betreuung von Gefangenen muslimischen Glaubens durch mus-
limische Geistliche in den Justizvollzugsanstalten in Bayern**

I. Beschlussempfehlung:

Zustimmung mit der Maßgabe, dass im Einleitungssatz nach den Worten „dem Landtag“ die Worte „bis 31. März 2016“ eingefügt werden.

Berichterstatter: **Florian Ritter**
Mitberichterstatter: **Karl Straub**

II. Bericht:

1. Der Antrag wurde dem Ausschuss für Verfassung, Recht und Parlamentsfragen federführend zugewiesen. Weitere Ausschüsse haben sich mit dem Antrag nicht befasst.
2. Der federführende Ausschuss hat den Antrag in seiner 37. Sitzung am 25. Juni 2015 beraten und einstimmig mit der in I. enthaltenen Änderung Zustimmung empfohlen.

Franz Schindler
Vorsitzender



Beschluss des Bayerischen Landtags

Der Landtag hat in seiner heutigen öffentlichen Sitzung beraten und beschlossen:

Antrag der Abgeordneten **Franz Schindler, Kathi Petersen, Johanna Werner-Muggendorfer, Georg Rosenthal, Horst Arnold, Alexandra Hiersemann, Florian Ritter, Dr. Christoph Rabenstein, Diana Stachowitz SPD**

Drs. 17/6863, 17/8179

Betreuung von Gefangenen muslimischen Glaubens durch muslimische Geistliche in den Justizvollzugsanstalten in Bayern

Die Staatsregierung wird aufgefordert, dem Landtag bis 31. März 2016 über die Situation der seelsorgerischen Betreuung von Gefangenen muslimischen Glaubens in den Justizvollzugsanstalten in Bayern zu berichten.

In dem Bericht soll insbesondere auf folgende Fragen eingegangen werden:

- Welchen Glaubensrichtungen des Islam gehören die zum Stichtag 31. Januar 2015 in den bayerischen Justizvollzugsanstalten im Erwachsenenvollzug inhaftierten 1.259 Gefangenen und im Jugendvollzug inhaftierten 129 jungen Gefangenen muslimischen Glaubens an und ermöglichen es die Leitungen der Justizvollzugsanstalten, dass ein Gefangener mit einer bestimmten Glaubensrichtung des Islam mit einem muslimischen Geistlichen bzw. muslimischen Seelsorger einer anderen Glaubensrichtung des Islam auf Wunsch in Kontakt treten kann?
- Inwieweit beeinflusst die Ordnung der Justizvollzugsanstalt die Religionsausübung von Gefangenen muslimischen Glaubens, z.B. den Besitz und die Nutzung von Gebetsteppichen und Gebetsketten, das Fasten im Fastenmonat Ramadan und Speiseverbote/-gebote?
- Inwieweit ist die Infrastruktur der Justizvollzugsanstalten in Bayern für Gefangene muslimischen Glaubens ausgebaut? Inwieweit können Gebetsstunden in Gruppen- oder Schulungsräumen so-

wie sog. Multifunktionsräumen stattfinden? Ist daran gedacht, auch spezielle Gebetsräume für Muslime in Justizvollzugsanstalten in Bayern, in denen mehrere Gefangene muslimischen Glaubens inhaftiert sind, einzurichten?

- Welche Bedeutung hat die Betreuung von Gefangenen muslimischen Glaubens durch muslimische Seelsorger für die Resozialisierung der Gefangenen und die Verhinderung einer möglichen Radikalisierung und eines Sich-Hinwendens zum islamischen Extremismus/Terrorismus dieser Gefangenen?
- Wie hoch wird vor dem Hintergrund einer möglichen Bedeutung für die Resozialisierung und Prävention von islamistischer Radikalisierung von Gefangenen muslimischen Glaubens der Bedarf an muslimischen Seelsorgern in den Justizvollzugsanstalten in Bayern eingeschätzt? Ist an die Betreuung von Gefangenen muslimischen Glaubens auch durch einen oder mehrere hauptamtliche muslimische Seelsorger in den bayerischen Justizvollzugsanstalten und Einstellung eines oder mehrerer muslimischer Seelsorger in den bayerischen Justizvollzugsdienst gedacht?
- Welche Anforderungen werden an die ehrenamtlich in den bayerischen Justizvollzugsanstalten tätigen muslimischen Seelsorger seitens der Justizvollzugsanstalten gestellt?
- Wie wird die seelsorgerische Betreuung von Gefangenen muslimischen Glaubens, die nicht regelmäßig von einem ehrenamtlich tätigen muslimischen Seelsorger in der Justizvollzugsanstalt besucht werden können, sichergestellt?
- In welchen Justizvollzugsanstalten in Bayern gibt es Behandlungs- und Betreuungsangebote (schulische und berufliche Ausbildung, Antigewalttraining, einzel- und gruppentherapeutische Maßnahmen, seelsorgerische Angebote u.ä.) für Gefangene muslimischen Glaubens, um ihnen Handlungsalternativen und Zukunftsperspektiven für die Zeit nach ihrer Haftentlassung aufzuzeigen, um so einer Beeinflussung und letztlich Rekrutierung durch Islamisten entgegenzuwirken und werden spezifische Programme für die Behandlung von Gefangenen mit islamistischer Überzeugung angeboten?
- Werden bereits ideologisch gefestigte radikalierte oder potenziell gefährdete Gefangene muslimischen Glaubens zu einem Ausstieg aus oder Ab-

kehr von der Ideologie bewegt, welche Behandlungsmöglichkeiten/Programme gibt es hierfür, wie sieht die Erfolgsquote aus, in welchen Justizvollzugsanstalten werden solche Behandlungsmöglichkeiten/Programme und von wem angeboten und werden Gefangene, die aus der Ideologie des Islamismus austeigen wollen, an die entsprechenden Aussteigerhilfen von den Justizvollzugsanstalten vermittelt und wird der Kontakt zu den Aussteigerhilfen durch die Justizvollzugsanstalten begleitet?

- Wie sieht die Zusammenarbeit von Justizvollzugsbediensteten und muslimischen Seelsorgern im Hinblick auf die Sensibilisierung der Justizvollzugsbediensteten im Umgang mit radikalierten Gefangenen muslimischen Glaubens bzw. solchen, die sich zu radikalisieren drohen, aus? Inwieweit werden Kenntnisse und Kompetenz muslimischer Seelsorger für eine Unterrichtung von Justizvollzugsbediensteten im Hinblick auf Islamismus/Salafismus, Erkennen entsprechender islamistischer/salafistischer Symbolik, Kenntnisse über entsprechende islamistische/salafistische Semiotik, Literatur und Diktion und dgl.) genutzt?
- Gibt es in Bayern Nichtregierungsorganisationen NGOS wie „Violence Prevention Network“ (VPN) in Berlin, die versuchen, dass ideologisch gefährdete Menschen und extremistisch motivierte Gewalttäter durch Deradikalisierungsarbeit ihr Verhalten ändern, ein eigenverantwortliches Leben führen und Teil des demokratischen Gemeinwesens werden?
- Spielt der Umgang mit Gefangenen muslimischen Glaubens und die Sensibilisierung im Hinblick auf eine islamistische Radikalisierung in der Ausbildung der Obersekretärin/wärter, Obersekretärin/wärterinnen und Oberwerkmeisterin/wärter, Oberwerkmeisterin/wärterinnen an der bayerischen Jus-

tizvollzugsschule Straubing eine Rolle? Gibt es in Bayern Fortbildungsangebote für Justizvollzugsbedienstete, insbesondere für die Bediensteten der 2. Qualifikationsebene, Fachlaufbahn Justiz, fachlicher Schwerpunkt allgemeiner Vollzugsdienst und fachlicher Schwerpunkt Werkdienst (früher: allgemeiner Vollzugsdienst und mittlerer Werkdienst) im Hinblick auf Gefangene muslimischen Glaubens, wenn ja, wer bietet die Fortbildungen an und wie viele Plätze gibt es für die interessierten Bediensteten? Wie viele Bedienstete welcher bayerischen Justizvollzugsanstalten haben bereits von solchen Fortbildungsangeboten Gebrauch gemacht?

- Besteht Gefahr, dass im Hinblick auf die finanzielle Abhängigkeit der Türkisch-Islamischen Union der Anstalt für Religion e.V. (DITIB) vom türkischen Staat auf die Betreuung von Gefangenen muslimischem Glaubens in den Justizvollzugsanstalten in Bayern durch muslimische Seelsorger, bei denen es sich, soweit sie vom türkischen Generalkonsulat vorgeschlagen werden, um Imame und Hochas der örtlichen „Türkisch-Islamischen Union der Anstalt für Religion e.V. (DITIB)“-Verbände handelt, von der Türkei Einfluss genommen wird?

Die Präsidentin

I.V.

Reinhold Bocklet

I. Vizepräsident

Redner zu nachfolgendem Tagesordnungspunkt

Zweite Vizepräsidentin Inge Aures

Zweite Vizepräsidentin Inge Aures: Ich rufe **Tagesordnungspunkt 4** auf:

Abstimmung

über Verfassungsstreitigkeiten und Anträge, die gemäß § 59 Abs. 7 der Geschäftsaordnung nicht einzeln beraten werden (s. Anlage)

Hinsichtlich der jeweiligen Abstimmungsgrundlagen mit den einzelnen Voten der Fraktionen verweise ich auf die Ihnen vorliegende Liste.

(Siehe Anlage)

Wer mit der Übernahme seines Abstimmungsverhaltens bzw. des jeweiligen Abstimmungsverhaltens seiner Fraktion entsprechend der aufgelegten Liste einverstanden ist, den bitte ich um sein Handzeichen. – Das sind die Fraktionen der CSU, der SPD, der FREIEN WÄHLER und von BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN. Gibt es Gegenstimmen? – Keine Gegenstimmen. Stimmenthaltungen? – Keine Stimmenthaltung. Damit übernimmt der Landtag diese Voten.

Beschlussempfehlungen der Ausschüsse, die der Abstimmung über die nicht einzeln zu beratenden Verfassungsstreitigkeiten und Anträge zugrunde gelegt wurden gem. § 59 Abs. 7 (Tagesordnungspunkt 4)

Es bedeuten:

- (E) einstimmige Zustimmungsempfehlung des Ausschusses
(G) Zustimmungsempfehlung des Ausschusses mit Gegenstimmen
(ENTH) Zustimmungsempfehlung des Ausschusses mit Enthaltungen oder
Enthaltung einer Fraktion im Ausschuss
(A) Ablehnungsempfehlung des Ausschusses oder
Ablehnung einer Fraktion im Ausschuss
(Z) Zustimmung einer Fraktion im Ausschuss

Verfassungsstreitigkeiten

1. Schreiben des Bayerischen Verfassungsgerichtshofs vom 29. Juli 2015 (Vf. 9-VII-15) betreffend Antrag auf Feststellung der Verfassungswidrigkeit des Art. 2 Abs. 4 des Gesetzes über die Einrichtung und die Aufgaben einer Anstalt des öffentlichen Rechts „Der Bayerische Rundfunk“ (Bayerisches Rundfunkgesetz – BayRG) in der Fassung der Bekanntmachung vom 22. Oktober 2003 (GVBl. S. 792, BayRS 2251-1-S), zuletzt geändert durch § 1 Nr. 291 der Verordnung vom 22. Juli 2014 (GVBl. S. 286)
PII-G1310.15-0006
Drs. 17/8109 (G)
 - I. Der Landtag beteiligt sich am Verfahren.
 - II. Der Antrag ist unbegründet.
 - III. Zum Vertreter des Landtags wird der Abgeordnete Jürgen W. Heike bestellt.

Votum des federführenden Ausschusses für Verfassung, Recht und Parlamentsfragen

CSU

SPD

FREIE WÄHLER

GRÜ



2. Schreiben des Bayerischen Verfassungsgerichtshofs vom 24. Juli 2015 (Vf. 10-VII-15) betreffend Antrag auf Feststellung der Verfassungswidrigkeit des
1. § 48 Abs. 1, des § 58 Abs. 1 Nr. 1, des § 64 Abs. 1, Abs. 3 Satz 1 Nr. 4, Abs. 6 Nrn. 1 und 4 sowie des § 66 Abs. 9 Satz 2 Nr. 4 der Schulordnung für die Mittelschulen in Bayern (Mittelschulordnung – MSO) vom 4. März 2013 (GVBI. S. 116, BayRS 2232-3-K), zuletzt geändert durch § 2 Nr. 25 des Gesetzes vom 12. Mai 2015 (GVBI. S. 82),
 2. Art. 54 Abs. 3 Satz 2 des Bayerischen Gesetzes über das Erziehungs- und Unterrichtswesen (BayEUG) in der Fassung der Bekanntmachung vom 31. Mai 2000, zuletzt geändert durch Gesetz vom 23. Juni 2015 (GVBI. S. 183)
- PII/G1310.15-0005
Drs. 17/8110 (E)
- I. Der Landtag beteiligt sich am Verfahren.
 - II. Der Antrag ist unbegründet.
 - III. Zum Vertreter des Landtags wird der Abgeordnete Jürgen W. Heike bestellt.

Votum des federführenden Ausschusses für Verfassung, Recht und Parlamentsfragen

CSU	SPD	FREIE WÄHLER	GRÜ
<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>

3. Schreiben des Bayerischen Verfassungsgerichtshofs vom 24. August 2015 (Vf. 12-VII-15) betreffend Antrag auf Feststellung der Verfassungswidrigkeit von Art. 3 Abs. 1 Satz 2, Art. 6, 15 Abs. 1, Art. 16 Abs. 1 Satz 2, Art. 21, 22 Abs. 2 Nr. 2 und Art. 26 des Gesetzes über den Vollzug der Maßregeln der Besserung und Sicherung sowie der einstweiligen Unterbringung (Bayerisches Maßregelvollzugsgesetz – BayMRVG) vom 17. Juli 2015 (GVBI S. 222, BayRS 312-3-A)
- PII/G1310.15-00007
Drs. 17/8111 (ENTH)

- I. Der Landtag beteiligt sich am Verfahren.
- II. Der Antrag ist unbegründet.
- III. Zum Vertreter des Landtags wird der Abgeordnete Jürgen W. Heike bestellt.

Votum des federführenden Ausschusses für Verfassung, Recht und Parlamentsfragen

CSU	SPD	FREIE WÄHLER	GRÜ
<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	ENTH

Anträge

4. Antrag der Abgeordneten Hubert Aiwanger, Florian Streibl,
Dr. Hans Jürgen Fahn u.a. und Fraktion (FREIE WÄHLER)
Entschädigung für deutsche und bayerische Zwangsarbeiter
Drs. 17/5953, 17/8166 (E)

Votum des federführenden Ausschusses für
Arbeit und Soziales, Jugend, Familie und Integration

CSU	SPD	FREIE WÄHLER	GRÜ
<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>

5. Antrag der Abgeordneten Margarete Bause, Ludwig Hartmann,
Christine Kamm u.a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)
Berufspraktika für Asylsuchende ermöglichen
Drs. 17/6543, 17/8167 (A)

Votum des federführenden Ausschusses für
Arbeit und Soziales, Jugend, Familie und Integration

CSU	SPD	FREIE WÄHLER	GRÜ
<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>

6. Antrag der Abgeordneten Josef Zellmeier, Joachim Unterländer,
Petra Guttenberger u.a. CSU
Entschädigung für deutsche und bayerische Zwangsarbeiter
Drs. 17/6777, 17/8168 (E)

Votum des federführenden Ausschusses für
Arbeit und Soziales, Jugend, Familie und Integration

CSU	SPD	FREIE WÄHLER	GRÜ
<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>

7. Dringlichkeitsantrag der Abgeordneten Hubert Aiwanger, Florian Streibl,
Dr. Hans Jürgen Fahn u.a. und Fraktion (FREIE WÄHLER)
Stimmrecht in der Frankfurter Fluglärmkommission beibehalten
Drs. 17/6825, 17/8183 (E)

Votum des federführenden Ausschusses für
Wirtschaft und Medien, Infrastruktur, Bau und Verkehr, Energie und Technologie

CSU	SPD	FREIE WÄHLER	GRÜ
<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>

8. Dringlichkeitsantrag der Abgeordneten Hubert Aiwanger, Florian Streibl, Günther Felbinger u.a. und Fraktion (FREIE WÄHLER)
Vereinslandschaft in Bayern schützen – Rechtssicherheit im Mindestlohnsgesetz für den Sportbereich und das Ehrenamt schaffen
Drs. 17/6829, 17/8169 (G)

Votum des federführenden Ausschusses für Arbeit und Soziales, Jugend, Familie und Integration

CSU	SPD	FREIE WÄHLER	GRÜ
<input type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>

9. Antrag der Abgeordneten Franz Schindler, Horst Arnold, Alexandra Hiersemann u.a. SPD
Verhinderung betrügerischer Abrechnungen von Laborleistungen
Drs. 17/6861, 17/8178 (A)

Votum des federführenden Ausschusses für Verfassung, Recht und Parlamentsfragen

CSU	SPD	FREIE WÄHLER	GRÜ
<input checked="" type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>

10. Antrag der Abgeordneten Franz Schindler, Kathi Petersen, Johanna Werner-Muggendorfer u.a. SPD
Betreuung von Gefangenen muslimischen Glaubens durch muslimische Geistliche in den Justizvollzugsanstalten in Bayern
Drs. 17/6863, 17/8179 (E)

Votum des federführenden Ausschusses für Verfassung, Recht und Parlamentsfragen

CSU	SPD	FREIE WÄHLER	GRÜ
<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>

11. Antrag der Abgeordneten Hans-Ulrich Pfaffmann, Franz Schindler, Horst Arnold u.a. SPD
Beschäftigungserlaubnisse für Asylbewerber und Geduldete aus sicheren Herkunftsstaaten bzw. für Asylbewerber, deren Asylantrag aus sonstigen Gründen als offensichtlich unbegründet abgelehnt worden ist
Drs. 17/6864, 17/8180 (A)

Votum des federführenden Ausschusses für Verfassung, Recht und Parlamentsfragen

CSU	SPD	FREIE WÄHLER	GRÜ
<input checked="" type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>

12. Antrag der Abgeordneten Angelika Weikert, Doris Rauscher, Arif Tasdelen u.a. SPD
Potenziale nutzen – Arbeitsmarktintegration von Flüchtlingen verbessern
Drs. 17/6865, 17/8170 (A)

Votum des federführenden Ausschusses für Arbeit und Soziales, Jugend, Familie und Integration

CSU	SPD	FREIE WÄHLER	GRÜ
<input checked="" type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>

13. Antrag der Abgeordneten Margarete Bause, Ludwig Hartmann, Markus Ganserer u.a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)
Neustrukturierung der Mitgliedschaft in der Frankfurter Fluglärmkommission nicht zu Lasten des Bayerischen Untermains
Drs. 17/6959, 17/8184 (E)

Votum des federführenden Ausschusses für Wirtschaft und Medien, Infrastruktur, Bau und Verkehr, Energie und Technologie

CSU	SPD	FREIE WÄHLER	GRÜ
<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>

14. Antrag der Abgeordneten Klaus Adelt, Inge Aures, Susann Biedefeld u.a. SPD
Fichtelgebirge wertschätzen – Tourismus stärken
Drs. 17/6965, 17/8176 (E)

Votum des federführenden Ausschusses für Staatshaushalt und Finanzfragen

CSU	SPD	FREIE WÄHLER	GRÜ
<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>

15. Antrag der Abgeordneten Margarete Bause, Ludwig Hartmann, Gisela Sengl u.a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)
Bericht zur Tierzucht in Bayern
Drs. 17/6989, 17/8240 (E)

Votum des federführenden Ausschusses für Ernährung, Landwirtschaft und Forsten

CSU	SPD	FREIE WÄHLER	GRÜ
<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>

16. Antrag der Abgeordneten Michael Brückner, Dr. Otto Hünnerkopf, Angelika Schorer u.a. CSU
Bericht zur Kennzeichnung von Geflügelprodukten/Stopfleber mit Zwangsernährung und zu einem möglichen Importverbot von Geflügel-Stopfleber („Foie gras“)
Drs. 17/7000, 17/8097 (E)

Votum des federführenden Ausschusses für Umwelt und Verbraucherschutz

CSU	SPD	FREIE WÄHLER	GRÜ
<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>

17. Dringlichkeitsantrag der Abgeordneten Thomas Kreuzer, Kerstin Schreyer-Stäblein, Hermann Imhof u.a. und Fraktion (CSU)
Unabhängige Patientenberatung beibehalten
Drs. 17/7679, 17/8082

Votum des federführenden Ausschusses für Gesundheit und Pflege,
der den Antrag für erledigt erklärt hat.

18. Dringlichkeitsantrag der Abgeordneten Markus Rinderspacher, Kathrin Sonnenholzner, Ruth Müller u.a. und Fraktion (SPD)
Unabhängige Patientenberatung beibehalten
Drs. 17/7680, 17/8081

Votum des federführenden Ausschusses für Gesundheit und Pflege,
der den Antrag für erledigt erklärt hat.

19. Dringlichkeitsantrag der Abgeordneten Margarete Bause, Ludwig Hartmann, Ulrich Leiner u.a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)
Unabhängige Patientenberatungsstellen sicherstellen!
Drs. 17/7682, 17/8083

Votum des federführenden Ausschusses für Gesundheit und Pflege,
der den Antrag für erledigt erklärt hat.

20. Antrag der Abgeordneten Hubert Aiwanger, Florian Streibl, Prof. (Univ. Lima) Dr. Peter Bauer u.a. und Fraktion (FREIE WÄHLER)
Auffangstation Raubtier- und Exotenasy in Ansbach beim Kauf der bestehenden Anlage bzw. bei der Suche nach neuen Räumlichkeiten unterstützen
Drs. 17/6740, 17/7832

Votum des **mitberatenden** Ausschusses für Staatshaushalt und Finanzfragen,
der den Antrag für erledigt erklärt hat.